

Martin Hohmann fühlt sich als das Opfer eines großen Medienkandals

Von unserem Redaktionsmitglied
Michael Tillmann

Fulda
Martin Hohmann fühlt sich als Opfer eines Medienkandals. „Mich als Antisemit zu bezeichnen, war böseartig und absurd“, sagt der 56-Jährige im Gespräch mit unserer Zeitung. Erstmals nach seinem Rauswurf aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im November 2003 nahm der osthessische Wahlkreisabgeordnete aus Neuhofer am Montag öffentlich Stellung zu der Affäre um seine Person. Er beharrt auf der „historischen Korrektheit“ seiner Äußerungen vom 3. Oktober 2003.

Schwere Vorwürfe erhebt Hohmann gegen den Zentralrat der Juden in Deutschland, dem er einen „Missbrauch der Justiz“ vorwirft. Unabhängig vom laufenden Parteiausschlussverfahren sieht sich Hohmann auch weiter als Wertkonservativer, dessen Heimat die hiesige CDU ist, „in der ich Mitglied bleiben möchte“. Die Gründung einer eigenen Partei oder den „häufig angebotenen“ Wechsel zu einer anderen Partei kann er sich nicht vorstellen.

„Gar nicht oder anders“

Seine umstrittene und bundesweit heftig kritisierte Rede zum Tag der deutschen Einheit in Neuhofer würde der vor zwei Jahren mit dem besten Direktsergebnis aller hessischen Bundestagsabgeordneten ins Berliner Parlament gewählte Unionsmann „heute gar nicht oder anders halten“. Inhaltlich hält er indes an den damaligen Äußerungen fest. Hohmann: „Ich warte immer noch darauf, dass mir jemand sagt, was ich ganz konkret Falsches gesagt habe.“ Die Wahrheit müsse von jedem Mann hingenommen werden.

Ins Rollen gekommen war die Hohmann-Affäre drei Wochen nach seinem Auftritt in Neuhofer. In den Tagesthemen der ARD war Hohmann Ende Oktober mit den Worten zitiert worden: „Die Juden sind ein Tätervolk.“ Dies habe er nie gesagt, geschweige denn sagen wollen, unterstreicht Hohmann. Richtig sei, dass er einen Vergleich gezogen habe zwischen der überproportionalen Beteiligung von Juden in der bolschewistischen Revolution und der Schuld von Deutschen am Holocaust: „Ich habe im Konjunktiv gesprochen und bin dann zu der Schlussfolgerung gekommen, dass man weder die Juden noch die Deutschen als Tätervolk bezeichnen darf.“

Wie zum Beweis, dass seine Rede kein Grund für den Ausschluss

aus der Bundestagsfraktion hätte sein dürfen, bemüht Hohmann den Fraktionschef der Grünen im Europaparlament, Daniel Cohn-Bendit, der in der „taz“ mit den Worten zitiert wurde: „Mir scheint, dass ‚Die Welt‘ und ‚Bild‘ (...) Angela Merkel in die Knie gezwungen haben.“ Die persönliche Intervention von Verlegerin Friede Springer „bei ihrer Freundin Angela Merkel“ schließt Hohmann auf Grund eines Berichts des Haller Tagblatts nicht aus. Getroffen hätten ihn die ständig dicker werdenden Bild-Schlagzeilen über den „CDU-Hetzer“.

Der Druck auf die CDU-Führung sei sehr groß gewesen, „und das nicht nur wegen der Medienhatz auf meine Person“. Auch der Zentralrat der Juden habe mächtig „Druck“ gemacht. Bis heute könne er nicht verstehen, wie Paul Spiegel, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, zu der Einschätzung habe kommen können, die Affäre Hohmann sei der „schlimmste Fall von Antisemitismus seit Jahrzehnten“. Als Erklärung für diese Einschätzung komme ein Satz von Solschenizyn in Betracht: „Seit Ende der 1940er Jahre wurde die lebhafteste Beteiligung der Juden an der kommunistischen Revolution (...) verschwiegen oder unter den Teppich gekehrt. Versuche, daran zu erinnern und die Dinge beim Namen zu nennen, wurden von jüdischer Seite als extremer Antisemitismus eingestuft.“ Der Neuhofer Bundestagsabgeordnete fühlt sich vom Zentralrat der Juden „bewusst missverstanden“. Manchmal, so der Abgeordnete, sei er sich vorgekommen wie der kleine Fritz in einer großen fremden Stadt. „Da steht der Politiker Martin Hohmann, der Dresche kriegt, daneben steht der Privatmann Martin Hohmann und kann nicht glauben, was passiert.“

Kein Vorwurf an Merkel

Wieder zitiert Hohmann einen Prominenten. Diesmal Norman Finkelstein, Jude und US-Historiker, der am 12. November sagte: „Die ganze Diskussion ist für mich ein billiges Streben nach Sensationen, orchestrierte Hysterie. Ich sehe nicht den geringsten Zusammenhang zwischen dem, was in Auschwitz geschehen ist, und der Rede des Herrn Hohmann. In seiner Rede sagt er an keiner Stelle, die Juden seien ein Tätervolk. Er sagt, die Atheisten, die Gottlosen seien das. Ich weiß nicht, ob die Deutschen die Rede wirklich gelesen haben.“

Dass Angela Merkel ihn, Hohmann, tags darauf zum politischen Abschluss freigab, macht der Mann aus Neuhofer seiner Vorsitzenden

nicht zum Vorwurf: „Ich möchte ihr das politische Rückgrat nicht absprechen. Die politische Klugheit ließ ihr ob des Riesendrucks durch ARD, Springer-Presse und den Zentralrat der Juden wohl keine andere Möglichkeit.“

Seinem Ausschluss aus der Bundestagsfraktion hätte Hohmann damals nur noch dann entgegen können, wenn er sich inhaltlich unzweideutig von seiner Rede distanzieren hätte. Er tat das nicht. Bedauern äußert Hohmann heute über die Wirkung, die seine Rede zum Nationalfeiertag hatte: „Ich habe bei denen um Entschuldigung gebeten, die ich möglicherweise und ungewollterweise verletzt habe.“ Auch und vor allem bei der hiesigen CDU: „Die Zerreißprobe, die sie durchmachen musste, bedauere ich sehr.“

In der „logischen Konsequenz der Entscheidung der Bundestagsfraktion“ strebte Hessens CDU-Chef Roland Koch ebenfalls im November den Parteiausschluss des Neuhofer Bundestagsabgeordneten an. Noch ist darüber nicht entschieden. Hohmann, der durch den Fuldaer Rechtsanwalt Dr. Christoph Kind vertreten wird, sagt: „Kündige meinen, meine Chancen in der CDU bleiben zu können, sind größer als die Wahrscheinlichkeit eines Rauswurfs.“ Notfalls will der Abgeordnete bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, um CDU-Mitglied zu bleiben.

Wenn das parteiinterne Schiedsgericht entscheidet, weiß Hohmann nicht. Ebenso wenig ist ihm bekannt, wann die Staatsanwaltschaft Hamburg über seine Anzeige gegen das Nachrichtenmagazin Stern entscheidet. Hohmann hatte das Magazin angezeigt, weil es ihn nach seiner Rede vom 3. Oktober mit dem Nazi-Propagandaminister Joseph Goebbels verglichen habe. Hohmann: „Das geht zu weit.“

Befriedigt ist der Bundestagsabgeordnete über das Votum der Fuldaer Staatsanwaltschaft, die ihm vor wenigen Tagen bescheinigte, keine rechtswidrigen Äußerungen gemacht zu haben. Anzeige gegen Hohmann erstattet hatte unter anderem der Zentralrat der Juden. Der Abgeordnete: „Man kann das so sehen: Herr Spiegel ist so etwas wie ein Vereinsvorsitzender. Und wenn er Vorsitzender bleiben will, dann muss er wohl die juristische Keule schwingen.“

Obwohl sich Hohmann in den letzten Monaten manchmal ausgegrenzt fühlte, „spüre ich in der Region Fulda nach wie vor großen Rückhalt“. Er habe „über 7000 unterstützender Briefe“ erhalten, sei nirgends „geschnitten“ und zu vielen offiziellen Anlässen eingeladen worden. Allerdings habe

man „während der Medienkampagne auch ein Held sein müssen, um öffentlich ein gutes Wort über Hohmann zu äußern“. Auf Nachfrage räumt Hohmann ein, „dass CDU-Kreisvorsitzender Fritz Kramer ein solcher Held für mich ist“. Dem Bezirksvorsitzenden Walter Arnold, der ihn am Wochenende während des CDU-Kreisparteitages Vogelsberg angegriffen hatte, macht Hohmann keinen Vorwurf. Arnold befinde sich in einer schwierigen Position, weil er auch Rücksicht auf die CDU im Land und im Bund nehmen müsse.

Der vom Vogelsberger CDU-Chef Ulrich Künz erhobene Vorwurf, dass die Grenze zwischen „rechts und Rechtsradikalismus“ verwischt worden sei, prallt an Hohmann ab. Er sei kein Rechtsradikaler. Auf die Frage, wie man einen solchen Politiker definiere, antwortet er: „Das kann man nicht so einfach sagen. Aber entscheidend ist doch, dass eine gefestigte Demokratie, wie wir sie in Deutschland inzwischen haben, einen rechten und linken Flügel braucht und sogar eine gewisse Radikalität von rechts und links aushalten muss.“ Während sich niemand über die linke „taz“ aufrege, werde bei der kleinsten Regung von rechts, beispielsweise der Jungen Freiheit, aus allen verfügbaren Rohren geschossen. Letztlich habe er mit seiner Rede wohl ein Tabu gebrochen, „bei dem viele ausrasten“. Man müsse andere Tabus schaffen, „wie beispielsweise die absolute Ehrfurcht vor dem Leben“.

Nach seinem fast dreimonatigen Schweigen will sich Hohmann jetzt an der Diskussion wieder beteiligen, „nachdem die Staatsanwaltschaft keine Ermittlungen wegen der gegen mich gerichteten Anzeigen einleitet“. Dazu gehört für Hohmann die Bereitschaft zu einem öffentlichen Streitgespräch mit der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Fulda, Linde Weiland. Diese hatte eine solche Auseinandersetzung vor wenigen Wochen in einem Gespräch mit unserer Zeitung vorgeschlagen. Hohmann: „Ich stehe zur Verfügung. Im Übrigen habe ich bereits versucht, mit Frau Weiland ins Gespräch zu kommen.“ Eine für den 19. Januar vereinbarte Unterredung sei von Frau Weiland krankheitsbedingt abgesagt worden.

Über seine Zukunftspläne äußert sich Hohmann nur vage. Vieles hänge vom CDU-Parteigericht ab. Bis zur Bundestagswahl 2006 will er auf jeden Fall in Berlin weitermachen, erklärt der fraktionslose Abgeordnete, der sich darüber freut, dass das persönliche Verhältnis zu den meisten Abgeordneten „nach wie vor gut ist“.